



Kreisverband Neckar-Odenwald

- FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK - FREIE WÄHLER NOK -

KREISTAGSFRAKTION

Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises

am 13. Oktober 2021 in Elztal-Dallau

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler

durch Thomas Ludwig

zu TOP 1 „Feststellung des Jahresabschlusses 2020“

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
m.s.v.D.u.H.,

wohl selten war der tatsächliche Verlauf eines Haushaltsjahres so wenig erwartbar wie im vergangenen Jahr 2020. Und das ist ja auch kein Wunder, denn wann hatten wir die letzte Pandemie mit Lockdowns usw.? ... Genau. Niemand von uns kann sich daran erinnern. Und wenn jemand im Herbst 2019, also dem Planungszeitraum für dieses Zahlenwerk, so etwas vorausgesagt hätte, so wäre sie oder er wahrscheinlich für verrückt erklärt worden.

Fakt ist jedenfalls, dass sich auch die Haushaltswelt des Neckar-Odenwald-Kreises mit der weitgehenden Einstellung des öffentlichen Lebens ab Mitte März 2020 schlagartig veränderte. Weniger Einnahmen auf der einen Seite, Stichworte: Schlüsselzuweisungen, Fahrgeldeinnahmen im ÖPNV, Bußgelder usw. und große pandemiebedingte Mehrausgaben, Stichworte: personeller Aufbau des Gesundheitsamtes, Einrichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen, Beschaffung von Hygieneartikeln usw. auf der anderen Seite, sorgten dafür, dass mit dem Schlimmsten, also einem riesigen Fehlbetrag, zu rechnen war. Selbstverständlich gab es auch Bereiche, die scheinbar unberührt weiterliefen, aber eine verlässliche Vorhersage für das ordentliche Ergebnis des laufenden Haushalts konnte irgendwann nicht mehr gewagt werden.

Wenn es nun doch nicht ganz so schlimm kam, so haben wir diese glückliche Wendung insbesondere den Schutzschirmen und Sonderzahlungen zu verdanken, die von Bund und Land gewährt wurden. Diese stabilisierenden Maßnahmen waren aber auch dringend notwendig, denn andernfalls wäre die verlässliche Erfüllung unserer tagtäglichen Aufgaben schon sehr schnell in Gefahr geraten und so manches bewährte System zusammengebrochen. Ausfälle bei den allgemeinen Steuereinnahmen wurden also zum Teil oder pauschal ebenso ausgeglichen wie die weggebrochenen Erlöse beim ÖPNV und nicht zu vergessen: die Freihaltepauschalen für die Krankenhäuser. Letztere trugen zusammen mit den ergriffenen Strukturmaßnahmen und einer gegenüber der Vergangenheit deutlich verbesserten Geschäftsführung maßgeblich dazu bei, dass der Verlustausgleich an die NOK-Kliniken um rd. 1,8 Mio. € geringer als geplant ausfiel. So soll und muss es auch ohne Corona-Soforthilfen weitergehen, denn **wir wollen unsere Kliniken in öffentlicher Trägerschaft erhalten.**

Noch nachhaltiger wirkt derweil die im letzten Jahr vom Bund zugesagte dauerhafte Übernahme von über 75 % der Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende: + 2,3 Mio. € waren das im letzten Jahr für den Neckar-Odenwald-Kreis. Damit kann also auch in den kommenden Jahren verlässlich geplant werden, was man aber von anderen Unterstützungsleistungen nicht behaupten kann.

Ganz im Gegenteil: jetzt, nachdem die Wahlen auf Landes- und Bundesebene vorbei sind und die Schuldenbremse wieder greifen soll, werden solche finanziellen Ausgleichsleistungen für die kommunale Ebene deutlich schwerer zu bekommen sein. Überall muss gespart werden. Andererseits stehen unserem Land aber **bedeutende Zukunftsaufgaben** ins Haus, die nur mit Hilfe von finanzstarken Kreisen, Städten und Gemeinden bewerkstelligt werden können, denn **alles, was in unserem Land passiert, spielt sich nun einmal hier bei uns vor Ort ab**. Diese Weisheit müssen sich die Bundes- und Landespolitiker hinter die Ohren schreiben, wenn sie die gesteckten Ziele erreichen wollen, wobei es ja nicht nur um **genügend finanzielle Mittel** geht, sondern auch um Fragen der **Standards**, des **bürokratischen Aufwands** und der **Genehmigungsdauern**. Die Wahrnehmung demokratischer Rechte ist gut und richtig, aber sie darf im Ergebnis nicht dazu führen, dass unser Land zum Stillstand kommt. Bei jedem Vorhaben wird sich immer jemand finden, der dagegen ist, aber unterm Strich muss im Sinne des **Gemeinwohls** und nicht nach Einzelinteressen entschieden werden.

Doch zurück zum Jahresabschluss 2020. Wenn man diesen isoliert von den Folgejahren betrachtet, so könnte fast der Eindruck entstehen, dass eine Überkompensation vorläge. Jedenfalls erscheint es doch sehr verdächtig, wenn der Überschuss statt geplanten 128.000 € auf einmal knapp 6 Mio. € beträgt, zumal ja im Oktober 2020 noch ein Nachtragsplan erstellt wurde. Außerdem verbergen sich in diesen Zahlen noch erstmals im Jahre 2020 eingebuchte Rückstellungen für Urlaub und Überstunden im Umfang von 4,18 Mio. € und die vollständige Abschreibung des Planungsaufwands für die aufgegebene Transversalen-Planung i.H.v. 1,4 Mio. €. Ohne diese Faktoren hätte der Überschuss also bei 11,5 Mio. € gelegen, was rd. 5,6 Hebesatzpunkten bei der Kreisumlage entspricht.

Diese Zahlenspiele können aber nur hypothetischer Natur, weil a) beim Nachtrag keine flächendeckende Überarbeitung aller Ansätze stattfand, weil b) das Klinikdefizit auch deutlich höher hätte ausfallen können und weil c) die Rekorderneuerung bei der Grunderwerbsteuer nicht planbar war. Hinzu kam noch, dass das Land den Kopfbetrag bei den Schlüsselzuweisungen erst kurz vor Weihnachten erhöhte, was nochmals 1,68 Mio. € an Mehreinnahmen bedeutete.

Doch die Freude wird, wie bereits angedeutet, nur von kurzer Dauer sein, denn es wird noch Jahre dauern, bis die Steuereinnahmen wieder das vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie geschätzte Niveau erreicht haben. Konkret fehlen der kommunalen Familie bis zum Jahre 2025 rd. 10 Mrd. € in ihren Kassen.

Außerdem sind wir bei den Kliniken noch längst nicht über dem Berg. Hier wird es vor allem darauf ankommen, wie die neue Bundesregierung die Rolle der Häuser der Grund- und Regelversorgung im Ländlichen Raum sieht und für deren finanzielle Ausstattung sorgen wird.

Außerdem muss bei den Sozialausgaben mit einem weiter stark steigenden Zuschussbedarf gerechnet werden und zwar vor allem in den konjunkturabhängigen Bereichen, Stichworte: Grundsicherung im Alter, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe und Bundesteilhabegesetz sowie die Jugendhilfe.

Ja und schließlich kommt noch die stark gestiegene Inflation dazu, darunter davongaloppierenden Preise auf dem Bausektor, und der immer mehr steigende Aufwand für die Digitalisierung, welche, o Wunder, o Wunder, auch nicht zum Nulltarif zu bekommen ist.



Deshalb ist die **deutliche Verbesserung des Jahresergebnisses 2020** also kein echtes Problem, sondern ein **Glücksfall** und sie verschafft uns finanziell Luft für künftige problembeladene Jahre. Weitere erfreuliche Eckdaten in diesem Sinne sind die erneut gesunkene Schuldenlast und die Zunahme der Eigenkapitalquote.

Abschließend möchte es auch die Fraktion der FREIEN WÄHLER nicht versäumen, sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreiskämmerei mit Kreiskämmerer Michael Schork an der Spitze für ihre qualifizierte und sehr sorgfältige Arbeit herzlich zu **danken**. Aber auch dem Rechnungsprüfungsamt mit seinen Leitern Brigitte Schweizer und Maik Dick sei Dank und Anerkennung für den detailliert aufgestellten Schlussbericht gesagt. Gerade in diesen Pandemie Jahren 2020 und 2021 waren und sind die Rahmenbedingungen besonders herausfordernd und der zusätzliche Arbeitsaufwand ganz erheblich.

Die FREIE WÄHLER-Fraktion wird den Beschlussvorschlägen zustimmen.